



Wahlen in St. Petersburg

Am Sonntag, 11.03.2007, fanden in St. Petersburg wie in 13 weiteren Regionen der Russischen Föderation Wahlen zu den jeweiligen Regionalparlamenten statt. Die Wahlen galten als Testwahl für die anstehenden Wahlen zur Staatsduma im Dezember wie auch für die kommende Präsidentschaftswahlen im März 2008.

Während in 11 Regionen noch nach dem alten Wahlsystem gewählt wurde, fand in St. Petersburg wie in zwei weiteren Regionen die Wahl auf der Grundlage des im vorigen Jahr beschlossenen neuen Wahlsystems statt.

Als demokratisch im Sinne westlichen Demokratieverständnisses sind diese Wahlen schwerlich zu bezeichnen. Bereits im Vorfeld wurde regulierend seitens der Gesetzgebung auf verschiedenen Ebenen in den Wahlkampf eingegriffen. Durch das neue Wahlsystem ist eine Vielzahl demokratischer Grundpfeiler einer fairen Wahl geschwächt worden.

Alle Parteien mussten sich für die Wahl registrieren lassen. Dies konnte auf zwei Wegen geschehen: Eine Möglichkeit war die Hinterlegung einer sogenannten Wahlkaution, die für St. Petersburg mit 90 Millionen Rubel (ca. 3,3 Millionen US \$) sogar höher war als für die Staatsdumawahlen, wo 60 Millionen (ca. 2,2 Millionen US \$) hinterlegt werden müssen. In den anderen Regionen waren die zu hinterlegenden Summen nicht größer als 4 Millionen Rubel (ca. 150.000 US \$). Die andere Option bildete die Sammlung von 50.000 Unterschriften, um zur Wahl zugelassen zu werden.

Die Summe von 3,3 Millionen Dollar zur Hinterlegung – das stand vorher fest –, würden nur die kremltreuen Parteien sowie die Kommunisten aufbringen können. Die Unterschriftenlisten wurden durch eine Wahlkommission geprüft, jedoch lässt der Ablauf und das Ergebnis der Prüfung an ihrer „Unabhängigkeit“ zweifeln.

Auf diese Weise wurde in St. Petersburg die bis dato einzige in der Regionalduma verbliebene Oppositionspartei „Jabloko“ von den Wahlen ausgeschlossen, weil angeblich 36 der geprüften 10.000 Unterschriften gefälscht waren und ein Formular falsch ausgefüllt. Allerdings hat die Gouverneurin von St. Petersburg, Valentina Matwijenko, bereits vor Monaten angekündigt, dass Jabloko nach den kommenden Regionalwahlen nicht mehr im Regionalparlament vertreten sein würde.

Mit Jabloko wurde sicherlich der momentan unbequemste politische Gegner der Gouverneurin ausgeschlossen. Unter anderem hatten die Vertreter von Jabloko als einzige gegen eine weitere Amtszeit Matwijenkos gestimmt und wollten zudem ein Referendum gegen das Projekt „Gazprom-City“ erwirken. Unter Umständen haben auch die wiederholten Angriffe des Jabloko-Abgeordneten Sergej Guljajew eine Rolle beim Ausschluss von Jabloko gespielt. Er beschuldigte die Gouverneurin im Petersburger Parlament offen der Vetternwirtschaft, da ihr Sohn Sergej Matwijenko in Kronstadt, anscheinend wiederrechtlich, exklusiven Zugang zu gewinnträchtigen

Projekten bekommen haben soll. Diese Rede wurde in Petersburg aber lediglich von dem parlamentinternen Fernsehsender übertragen und blieb der Petersburger Bevölkerung vorenthalten, da die Nachricht von den anderen Medien nicht gedeckt wurde.

Zu den Wahlen: Bereits im Vorfeld war klar, dass es nur eine geringe Wahlbeteiligung geben würde. Insofern kann die im neuen Wahlgesetz vorgenommene Aufhebung der 20 % Klausel als Schritt gewertet werden, um im speziellen Fall nicht einen großen Teil der Wahlen für ungültig erklären zu müssen und somit peinliche Neuwahlen zu vermeiden.

Die Ergebnisse der Wahlen bestätigen die berechtigte Angst vor einer zu geringen Wahlbeteiligung – nur 33,28 % der Wahlberechtigten machten von ihrem Recht Gebrauch.

Diese geringe Wahlbeteiligung ist so gesehen der einzige Gradmesser für Demokratie, da viele Menschen einerseits aus aktuellem Protest, andererseits aus der Überzeugung heraus, dass die Parlamente und Parteien kaum bis gar keinen Einfluß auf die Politik haben, auf den Gang zur Urne verzichteten. Wenn dann noch die Vorwürfe berücksichtigt, dass im Vorfeld der Wahlen Stimmen von Rentnern, Lehrern und Arbeitern mit Lebensmitteln und Geld gekauft wurden, wird das Ergebnis noch relativer.

Nach dem Stand des vorläufigen Wahlergebnisses vom 12. März haben sich die Stimmen in St. Petersburg folgendermaßen verteilt:

Einiges Russland (ER):	37,37 %, (459 047 Stimmen)
Gerechtes Russland (SR):	21,90 %, (269 050 Stimmen)
KPRF (Kommunisten):	16,02 %, (196 851 Stimmen)
LDPR (Nationalisten):	10,89 %, (130 740 Stimmen)
Patrioten Russlands:	5,60 %, (68 798 Stimmen)
SPS (Union rechter Kräfte)	5,17 %, (63 539 Stimmen)

Ca. 3% (37 506 Stimmezettel) waren ungültig.

Der Großteil der ungültigen Stimmen wurde absichtlich ungültig ausgefüllt. Jabloko hatte ihre Wähler dazu aufgerufen für alle Kandidaten zu stimmen, um sich auf diesem Weg an der Wahl zu beteiligen und gleichzeitig ihren Protest gegenüber der Nichtzulassung von Jabloko auszudrücken. Die Partei hat angekündigt die Ergebnisse der Wahl nicht anzuerkennen.

Die Abgeordnetenmandate bzw. die Sitzverteilung in der gesetzgebenden Versammlung St. Petersburg wird sich demnach wie folgt verteilen:

Einiges Russland:	23 Sitze
Gerechtes Russland:	13 Sitze
KPRF:	9 Sitze
LDPR:	5 Sitze

Sowohl die „Patrioten Russlands“ mit 5,6% wie auch die SPS (Unio der rechten Kräfte) mit 5,2 % verpassten den Einzug ins Stadtparlament, da mit dieser Wahl die 7% Hürde eingeführt wurde.

Mit diesem Ergebnis verpasst ER die absolute Mehrheit und es werden sich im Parlament wohl zwei Blöcke bilden: ER und LDPR als rechter Block sowie SR und KPRF als linke Gruppierung, so wird es zumindest erwartet.

Elisabeth Bauer